



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SB/04/2007  
**Gremium:** Seniorenbeirat  
**Tag:** Dienstag, 20.11.2007  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202  
**Beginn:** 15:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Ergänzung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.08.2007
3. Mitteilungen
4. Masterplan Wohnen, Vorlage 0633/2007
5. Bericht aus dem Sozialausschuss
6. Seniorenwirtschaft - EU-Mittel  
Vorlage: 0829/2007
7. Vorstellung des Projektes Seniorenbegleiter
8. Bericht aus der Landesseniorenvertretung  
- Frau Klenke -
9. Weitere Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat
10. Verschiedenes

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

#### **1. Ergänzung und Genehmigung der Tagesordnung**

Frau Sauerwein eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr. Sie bedankt sich bei den Mitgliedern, die an der „offenen“ Sitzung am 20. September 2007 in Eilpe im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Ab in die Mitte“ teilgenommen haben.

Zur Tagesordnung ergehen keine Ergänzungen oder Änderungswünsche.

#### **2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.08.2007**

Frau Dohms weist darauf hin, dass unter dem Tagesordnungspunkt 5. – Neubenennung eines stellvertretenden Mitgliedes für den Sozialausschuss - das einstimmige, mit einer Stimmenthaltung protokollierte Abstimmungsergebnis nicht korrekt wiedergegeben ist. Bei der Enthaltung handelt es sich um eine Gegenstimme. Das Abstimmungsergebnis müsse daher mit Stimmenmehrheit lauten.

#### **3. Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

#### **4. Masterplan Wohnen, Vorlage 0633/2007**

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Vorlage zum Masterplan Wohnen bereits im Rat zur Kenntnis genommen worden ist. Sie bittet Herrn Voss vom Ressort Wohnen darum, die geplante weitere Entwicklung des Masterplans Wohnens darzustellen.

Herr Voss erläutert, dass die Vorlage aus dem in Auftrag gegebenen Masterplan Wohnen entstanden ist.. Dieser wurde vom Inwis-Institut im Dezember 2006 vorgelegt. Er weist auf die Beratungsfolge der Vorlage hin. Die Vorlage ist demnach erst als Zwischenbericht zu betrachten. Die an der Vorlage beteiligten Fachämter haben sich geeinigt, zunächst in einem Stadtteil exemplarisch die vorgeschlagenen Maßnahmen bezüglich ihrer Umsetzungsmöglichkeiten zu erörtern. Er weist darauf hin, dass in dem Stadtteil Wehringhausen bereits konkrete Einzelplanungen angelaufen sind, ebenso in den Stadtteilen Oberhagen und Eilpe. Zu diesen Planungsgebieten wird noch der Stadtteil Hohenlimburg hinzukommen. Herr Voss bedauert, dass sich die Umsetzung der Planungsempfehlungen stark verzögern. Derzeit stehen in seinem Ressort nicht die erforderlichen Personalressourcen zur Verfügung, um z.B. in Form einer ämterübergreifenden Gruppe Maßnahmen intensiver und vertiefter diskutieren



zu können. Idealtypisch wären angestrebte Lösungsmöglichkeiten mit Betroffenen, den Wohnungsgesellschaften, der Politik und der Verwaltung zu finden. Ziel sollte sein, insbesondere für ältere Menschen Wohnverhältnisse zu schaffen und zu erhalten, welche es ihnen ermöglichen, möglichst lange ein selbständiges Leben im vertrauten Quartier in der eigenen Wohnung führen zu können. Herr Voss weist auf das Landesprogramm NRW zur Nachrüstung von bestehendem Wohnraum. Demnach stehen zinsgünstige Landesmittel zur Verfügung, um geeignete ältere Gebäude und Wohnungen barrierefrei umzugestalten.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Klenke, Frau Opitz, Frau Sauerwein, Herr Kramps und Herr Thielmann.

Herr Kramps stellt fest und kritisiert, dass innerhalb der Beratungsfolge der Vorlage der Seniorenbeirat nicht berücksichtigt wurde. Dieses sollte zumindest bei der Fortschreibung des Zwischenberichtes Berücksichtigung finden, zumal der Masterplan Wohnen in großen Teilen die Hagener Senioren betrifft, ebenso die Maßnahmen, welche für die Wohnumfelder relevant sind. Frau Klenke stellt die Frage in den Raum, ob bei den weiteren Planungen auch Fragen der Umweltbelastungen Berücksichtigung finden. Frau Opitz bemängelt, dass in dem Zwischenbericht Aspekte des preiswerten Wohnens für Jüngere und auch für Senioren vernachlässigt worden sind. Sie empfiehlt, insbesondere bei Neubauprojekten für Senioren, zu prüfen, ob für die potentiell Hilfestellung leistenden Generationen im Wohnumfeld preiswerter Wohnraum zur Verfügung steht.

Herr Voss bestätigt die Notwendigkeit der Umsetzung der genannten Anregungen. Er weist darauf hin, dass im derzeitigen Diskussionsprozess zwar viele Akteure beteiligt sind, es aber zurzeit aufgrund fehlender Personalressourcen an einer organisierten Diskussionsform mangelt. Zudem besteht die grundsätzliche Notwendigkeit, eine Evaluierung aller bestehenden Hagener Wohnquartiere durchzuführen. Er drückt die Hoffnung aus, dass durch personelle Umorganisationen in seinem Ressort Anfang 2008 eine Projektgruppe gebildet werden kann, an welcher alle relevanten Akteure beteiligt werden.

Auf die Frage von Herrn Thielmann, welche finanziellen Ressourcen der Stadt Hagen für den Umsetzungsprozess zur Verfügung stehen, teilt Herr Voss mit, dass diesbezüglich keine städtischen Mittel zur Verfügung stehen.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Voss für seine Ausführungen. Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **5. Bericht aus dem Sozialausschuss**

Zu dem Tagesordnungspunkt ergeht kein Bericht, weil keine Teilnahme durch den Seniorenbeirat erfolgen konnte.

## **6. Seniorenwirtschaft - EU-Mittel Vorlage: 0829/2007**

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Dr. Schmidt. Sie weist auf die geänderte Beratungsfolge hin. Demnach wird der Rat am 13.12.2007 über die Vorlage beschließen.

Herr Dr. Schmidt erläutert die Vorlage. Ziel ist es, die Stadt Hagen durch Förderung von Einzelprojekten seniorengerechter zu gestalten. Im Zuge des demografischen Wandels ist festzustellen, dass die Stadt Hagen altert. Aus diesem

vermeintlichen Nachteil ergeben sich für die Seniorenwirtschaft neue Chancen. Im Frühsommer 2007 wurde das Projekt besprochen und erörtert. Eine Reihe von Organisationen haben dabei Projektvorschläge eingebracht. Aus diesen wurden Projekte ausgewählt, welche umsetzbar und finanzierbar erscheinen. Diese sind in der Vorlage der Verwaltung im Einzelnen aufgeführt. Dabei wurde Wert darauf gelegt, dass die Stadt Hagen selbst nicht durch die Projekte in Verpflichtungen genommen wird, sondern die Organisationen die Projekte selber durchführen, ohne die städtischen Finanzen zu beanspruchen. Mit einem geringfügigen städtischen Beitrag sollen die Projekte koordiniert werden. Eine halbe Stelle, die dem Sozialbereich angegliedert werden soll, wird diese Funktion übernehmen bei Refinanzierung über EU-Mittel. Letztendlich soll bei einem eigenen städtischen Anteil von rund 60.000 € ein Gesamtvolumen von rd. 800.000 bis 900.000 € bewegt werden.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss zu der Vorlage einen ergänzenden Beschluss gefasst hat. Demnach wird die Verwaltung beauftragt, die Förderrichtlinie für das Programm „CIB – City in Balance“ der Europäischen Union vorzustellen und den politischen Gremien eine schriftliche Information vorzulegen. Der Förderantrag soll so umgestaltet werden, dass darin nur noch solche Maßnahmenvorschläge enthalten sind, die bis zum Ende des Förderzeitraums abgeschlossen sein werden. Es sei denn, es ist geklärt, dass ein Träger zu 100 % in die entstehende Verpflichtung eintritt. Projekte, die den Teilnehmern neue Maßnahmen nach Ablauf des Förderzeitraums in Aussicht stellen, sind ebenfalls aus dem Konzept zu entfernen. Demnach haben sich alle Träger schriftlich verpflichtet, dass durch ihre Projekte der Stadt Hagen keinerlei Folgekosten entstehen werden.

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass die beantragten Projekte sich in weiten Teilen mit den Intentionen des Beirates zum Themenkreis „Wohnen im Alter“ decken und von daher auch eine Vernetzung mit dem Masterplan Wohnen angestrebt werden sollte. Herr Kramps fragt bezüglich der Vorlage an, wie sich der Betrag von 17.000 € zusammensetzt. Herr Dr. Schmidt stellt richtig, dass auf Seite 12 der Vorlage in der Zeile Haushalt ein Rechenfehler vorliegt. Für die Jahre 2009 und 2010 muss anstelle des Betrages von 2.000 € jeweils der Betrag von 4.000 € eingesetzt werden. Er teilt weiterhin mit, dass die Bezirksvertretungen unterschiedliche Beschlüsse gefasst haben. Demnach beteiligen sich einige nicht mit einem Eigenbetrag. Er macht deutlich, dass bei einem Nichtzustandekommen des kalkulierten Eigenmittelanteils der Bezirksvertretungen, die Kosten korrigiert werden müssen. Im Übrigen besteht gegenüber dem Rat und dem Haupt- und Finanzausschuss gegenüber die Verpflichtung, eine notwendige Gegenfinanzierung vorzulegen.

Frau Opitz stellt die Frage in den Raum, ob die Möglichkeit besteht, stadtteilbezogene Projekte nach positiven Erfahrungen auch auf andere Stadtteile zu übertragen und dann Finanzierungsmöglichkeiten bestehen. Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass die EU-Finanzmittel immer nur für ein bestimmtes Projekt ausgewiesen sind und bereitgestellt werden können. Ein so genanntes Einklinken im Sinne von einem Erfahrungsaustausch ist grundsätzlich möglich und wünschenswert.

Herr Kramps stellt eine Frage zu dem Thema Betreutes Wohnen und Nachbarschaftstreffen „Im Ollen Dreisch“ ( Seite 11 der Vorlage ). Demnach werden hier Gesamtkosten von 1,8 Millionen € veranschlagt, wobei sich die EU-Projekt bezogenen Kosten sich auf 176.000 € belaufen. Er möchte wissen, was ge-



schieht, wenn die Kosten von 176.000 € nicht bereitgestellt werden. Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass für den Fall nicht bereitgestellter Mittel, dieses Projekt nicht fallengelassen wird, sondern nur ein Teilprojekt, z.B. die soziale Beratung, gefördert werde.

Herr Kramps stellt ferner die Frage zu der Aussage auf Seite 5 der Vorlage zum Thema seniorengerechtes Umfeld in den Raum. Demnach steht die Forderung, dass für ältere Menschen in naher Umgebung Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, alle relevanten Dienstleistungen und Begegnungsstätten erreichbar sein müssen. Herr Dr. Schmidt bestätigt diese Muss-Vorgabe als Aufgabe der Stadt Hagen, die Planung so zu gestalten, dass insbesondere im Wohnumfeld von Senioren die vorgenannten Kriterien zu erfüllen sind. Er weist in diesem Zusammenhang auf exemplarische Stadtentwicklungskonzepte insbesondere in den Niederlanden hin.

Frau Sauerwein stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Über den Antrag wird abgestimmt. Abstimmungsergebnis: einstimmig.

## **Beschluss:**

1. Die Stadt Hagen beteiligt sich in koordinierender Funktion am Projekt „CIB – City in Balance“.
2. Die politische Begleitung des Projektes wird dem Sozialausschuss übertragen.
3. Die Bezirksvertretungen werden gebeten, aus den ihnen in den Haushaltsjahren 2008 - 2010 vom Rat zur Verfügung zu stellenden Mitteln gem. § 37 GO NRW jährlich einen Betrag von 1.000 € je Bezirksvertretung in die Finanzierung einzubringen.
4. Die verbleibenden städtischen Eigenmittel von insgesamt 17.000 € sind in den entsprechenden Haushaltsjahren bereitzustellen, wobei eine Gegenfinanzierung zwingend erforderlich ist.

Umsetzung zum 01.03.2008

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **7. Vorstellung des Projektes Seniorenbegleiter**

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass das der Einladung beigelegte Papier ein Auszug aus der Seniorenzeitung darstellt und in der vorliegenden Form lediglich als Vorabinformation dienen sollte. Sie begrüßt als Referenten Herrn Gebauer vom Caritasverband Hagen e.V.

Herr Gebauer ist als Fachbereichsleiter im Caritasverband u.a. zuständig für offene beratende Dienste, zudem koordiniert er verschiedene ehrenamtliche Aktivitäten. Mittels einer Power-Point-Präsentation stellt er das Projekt Seniorenbegleiter des Caritasverbandes vor ( die Folien sind der Niederschrift als Anlage beigelegt ).

Er teilt mit, dass das Projekt Seniorenbegleiter bereits in über 60 Kommunen der Bundesrepublik existiert und sich bewährt hat. Anfang 2007 hat unter der



Federführung des Caritasverbandes ein Gespräch mit anderen Organisationen stattgefunden um zu klären, in welchen Bereichen in Hagen bei der Seniorenbetreuung Defizite bestehen. Kooperationspartner wurden im Mai 2007 bei der Auftaktveranstaltung „Mensch und Motivation“ gefunden.

Zielgruppe des Projekts sind Senioren, die noch in ihrer eigenen Häuslichkeit leben, denen aber soziale Kontakte im unmittelbaren Wohnumfeld nicht zur Verfügung stehen. Herr Gebauer weist auf demografische Entwicklungen hin. So wird der Anteil der über 75-jährigen, der Einpersonenhaushalte in Hagen stark zunehmen. Familiäre Bindungen gehen zunehmend verloren, womit eine zunehmende Gefahr der Isolation und Vereinsamung von Senioren besteht. Dem soll das Projekt des ehrenamtlichen Seniorenbegleiters entgegenwirken. Der Seniorenbegleiter soll die Lebenszufriedenheit älterer und hilfebedürftiger Menschen stärken und diese vor Isolation bewahren, indem er Zeit zum Zuhören und für Gespräche hat und außerhäusliche Aktivitäten persönlich begleitet. Für diese Tätigkeiten sind Personen aller Altersgruppen geeignet. Der Seniorenbegleiter soll auf seine ehrenamtliche Tätigkeit vorbereitet werden. An zehn Abenden werden zunächst Schulungen zu unterschiedlichen Themen in Bereichen der Seniorenarbeit durchgeführt. Dem schließt sich eine Praxisphase in Einrichtungen der Altenhilfe an. Der Seniorenbegleiter wird in seiner Tätigkeit durch professionelle Mitarbeiter begleitet und unterstützt.

Beginn des Projektes ist Januar 2008. Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit sollen für die Tätigkeit Interessenten geworben werden. Diese werden zu einem Informationsabend eingeladen. Nach dieser Motivationsphase soll die Ausbildungsphase von Februar bis April 2008 durchgeführt werden, anschließend erfolgt die Vermittlung als Seniorenbegleiter. Kooperationspartner sind der Caritasverband, das Seniorenbüro, Frau Dohms für den Senioren- und Behindertenbeirat, Vertreter aus der Wohnungswirtschaft und die Freiwilligenzentrale. An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Dohms, Frau Opitz, Frau Sauerwein, Herr Ensberg, Herr Gebauer, Herr Klein, Herr Kramps und Herr Thielmann.

Herr Klein spricht die Problematik des Auslagenersatzes für den ehrenamtlichen Seniorenbegleiter, z.B. Fahrtkosten und Eintrittsgelder, an. Herr Gebauer beantwortet die Frage dahingehend, dass jeder Seniorenbegleiter Anspruch auf Auslagenersatz wie zum Beispiel auf Fahrtkosten habe, aber höhere Kosten durch eine möglichst quartiersnahe Vermittlung vermieden werden sollen. Die Frage von Herr Kramps, ob bei der Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter für diese Tätigkeit Schwierigkeiten gesehen werden, beantwortet Herr Gebauer dahingehend, dass er für die Stadt Hagen keine Probleme erwartet. Frau Opitz empfiehlt, in das Projekt auch Schüler der gymnasialen Oberstufen einzubeziehen.

Abschließend regt Frau Sauerwein an, dass Herr Gebauer nach einjähriger Projektlaufzeit einen Erfahrungsbericht vortragen soll.

## **8. Bericht aus der Landesseniorenvertretung - Frau Klenke -**

Frau Klenke berichtet über das fünfte Regionalseminar der Landesseniorenvertretung im Regierungsbezirk Arnsberg. Dieses fand am 30.08.2007 in Wetter statt mit den Themenschwerpunkten „Aktives Altern“ und „Vorbeugung durch Ernährung und Bewegung“.



Ein Wochenseminar in Königswinter hatte die Zugangs- und Durchführungsqualität der Offenen Seniorenarbeit zum Thema. Frau Professor Dr. Ursula Lehr zeigte anhand des demografischen Wandels Konsequenzen für die kommunale Seniorenarbeit auf. Weitere Themenfelder waren unter anderem die Qualifikation von Beiratsmitgliedern.

## 9. Weitere Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat

Frau Sauerwein fasst das Ergebnis der gemeinsamen Sitzung mit dem Behindertenbeirat am 07.08.2007 zusammen und bittet darum, Vorstellungen zu weiteren gemeinsamen Sitzungen zu unterbreiten.

Frau Dohms teilt mit, dass in der Sitzung am 16.10.2007 der Behindertenbeirat beschlossen hat, grundsätzlich weitere gemeinsame Sitzungen mit dem Seniorenbeirat durchzuführen. Diese sollten allerdings nicht wie am 07.08.2007 mit den regulären Sitzungen beider Gremien verbunden sein, sondern eine eigenständige Thematik beinhalten und zusätzlich zu den regulären Sitzungen durchgeführt werden. Frau Sauerwein stellt Einvernehmen darüber fest, dass im kommenden Jahr eine weitere gemeinsame Sitzung mit dem Behindertenbeirat stattfinden soll.

Herr Kramps teilt mit, dass es nach seinen Informationen Intentionen aus dem politischen Raum geben soll, Behinderten- und Seniorenbeirat zusammenzulegen. Dem sollte seitens der Beiräte rechtzeitig gegengesteuert werden. Frau Dohms und Frau Schmidt weisen darauf hin, dass beide Zielgruppen zwar in etlichen Belangen Gemeinsamkeiten aufweisen, aber deutlich unterschiedliche Bedürfnisse haben und daher diesen Intentionen gegengesteuert werden sollte.

## 10. Verschiedenes

Frau Opitz regt an, zu einer der nächsten Sitzungen eine Vertreterin/einen Vertreter vom Bündnis Familie einzuladen mit der Fragestellung – „Was tut dieses Bündnis für Senioren?“ Frau Peters teilt mit, dass sie in der AG Wohnen des Bündnisses für Familie mitarbeitet und leider in dem Bündnis zu wenig Senioren vertreten sind.

Frau Peters berichtet über die Stadtteilprojekte Wehringhausen / Eilpe/ Oberhagen, wobei es darum gehe, diese Stadtteile auch für Senioren zukunftsfähig zu machen. Die Frage von Herrn Klapper, warum ausgerechnet diese Stadtteile in die Auswahl genommen worden sind und nicht andere Stadtteile mit einem höherem Seniorenanteil beantwortet Frau Peters dahingehend, dass dieses fördertechnische Gründe hat.

Frau Dohms teilt mit, dass sie als Mitglied der Hagener Gesundheitskonferenz in der AG-Lärmschutz mitgearbeitet hat. Schwerpunktthema in 2008 wird Klimaschutz und ökologisches Bauen sein.

Frau Sauerwein weist auf eine Veranstaltungsreihe der Verwaltung am 05. und 06. Dezember 2007 im Rathaus an der Volme zum Thema - Demografischer Wandel, älter, bunter, lebendiger - hin. Frau Peters erläutert, dass seitens der Fachverwaltung unterschiedliche Arbeitsfelder zum demografischen Wandel anhand von Info-Ständen präsentiert werden sollen. Einladungen und Flyer hierzu werden den Beiratsmitgliedern zugesandt.

Frau Opitz weist auf eine Veranstaltung in der Villa Post zum Thema „Methusalemglücke“ als Gegenthematik zum „Methusalemkomplott“ hin.



Herr Klapper weist auf eine weitere Veranstaltung zum demografischen Wandel am 07.12.07 im Sparkassenkarree hin.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 16.50 Uhr.





## C. ANWESENDE

---

Name	Bemerkungen
<b>Frau Dohms, Ulla</b>	
<b>Frau Domröse, Irmgard</b>	
Herr Ensberg, Erich	
Frau Fenselau, Elisabeth	
Herr Gebauer, Michael	
Herr Geitebrügge, Werner	
Frau Hirsch, Ursula	
Herr Insel, Norbert	
Frau Jaschke, Margret	
Frau Kandolf, Anita	
Herr Klapper, Hans	
Herr Klasen, Günter	
Herr Klein, Hans-Jürgen	
Frau Klenke, Margot	
Herr Kramps, Wilfrid	
Herr Mattern, Gerhard	
Frau Mester, Christa	
Frau Nowak von der Way, Gerda	
Frau Opitz, Margit	
Frau Sauerwein, Ruth	
Herr Thielmann, Fritz Otto	
Frau Werkmüller, Ursula	
Frau Wiewiorka, Beate	

---

---

Ruth Sauerwein  
Vorsitzende

---

RVerrieth  
Schriftführer